

Die Pläne der SP Kanton Luzern von Ursula Stämmer-Horst und ein Gastartikel von Alexander Tschäppät

## Die SP Kanton Luzern am Ball

SP-Exekutivmitglieder der Luzerner Gemeinden treffen sich regelmässig zum Gedankenaustausch. Es sind dies im Augenblick: Helene Meyer-Jenni, Gemeindepräsidentin Kriens, Irma Kerbler-Stalder, Adligenswil, Peter Schärli, Ebikon, Susanne Truttmann-Hauri, Emmen, Rita Erni Bächler, Hochdorf, Mirjam Müller-Bodmer, Meggen, Prisca Birrer-Heimo, Rothenburg, Irmgard Amrein-Gapp, Sursee, Roger Wymann, Wikon, Brigitte Troxler, Willisau, unsere Regierungsrätin Yvonne Schärli-Gerig sowie ich als Stadträtin.

Wir haben kürzlich festgestellt, dass alle Gemeinden mehr oder weniger mit Problemen im öffentlichen Raum konfrontiert werden. Themen

wie Littering, übermässig Alkohol trinkende Jugendliche und Vandalismus sind Stichworte dazu. Die SP Kanton Luzern will sich mit der Thematik «Nutzung des öffentlichen Raumes» auseinandersetzen. Im Oktober 2007 fand zu diesem Thema in Luzern ein internationaler Kongress statt, der aufzeigte, dass Kooperation und Vernetzung, eine gute bauliche Gestaltung und individuelle Projekte Lösungsansätze sein können. Grundlage bildete eine Litteringstudie der Universität Basel. Johannes Heeb, alt Grossrat der Grünen, hatte diese Studie eng begleitet und in Gesprächen entstand die Idee, sich vertiefter mit dem Thema auseinanderzusetzen. Der Start dazu wird



BILD: ZVG

am nächsten Parteitag am 8. März in Hitzkirch erfolgen. Da werden die Mitglieder sich informieren und aktiv eingeben können. Klar ist, dass es keine einfachen Rezepte gibt und die Probleme tiefere Ursachen haben, als man auf den ersten Blick meinen könnte.

Der Berner SP-Stadtpräsident Alexander Tschäppät hat am 22. November vor dem Berner Stadtrat (Stadtparlament) seine Position zu diesem aktuellen Thema dargelegt. Seine Position trifft meines Erachtens den Nagel auf den Kopf. Freundlicherweise hat er uns erlaubt, den Redetext im links.lu abzdrukken. Sein Beitrag erscheint leicht gekürzt.

Ursula Stämmer-Horst, Stadträtin

## Warum ist Sicherheit und Sauberkeit ein wichtiges Thema?

*Weil es kälter, härter und unerbittlicher geworden ist in unserer Gesellschaft. Der Gemeinsinn und die Solidarität erodieren. Wir leben in einer Ellenbogen-Gesellschaft, in der jeder sich selbst der Nächste ist. Was zählt, ist oft nur noch Wettbewerb und Egoismus.*

Alexander Tschäppät

Jeder kämpft gegen jeden. Was mit dem anderen geschieht, ist egal. Wir reden von Eigenverantwortung und meinen bloss noch nur Eigennutz. Dieses Denken hat inzwischen alle erfasst – vom kleinen Junkie und Bettler bis hinauf zum Wirtschaftsführer und Konzernchef. Respekt, Anstand, Mitgefühl, Höflichkeit, Rücksichtnahme und Fairness gehen verloren – in der Wirtschaft, in der Schule, in der Politik, im Elternhaus, im Alltag und erst recht auf der Strasse.

Dieses Denken trifft auch den Staat. Seine Aufgabe ist es, die Gesellschaft zusammenzuhalten und ihr einen Rahmen zu geben. Wo nur noch Gewinnmaximierung und Renditedenken regieren, wird an der sozialen Sicherheit gesägt, wird privatisiert, liberalisiert und dereguliert und am Service public gespart.



Diese Entwicklung setzt die Menschen unter permanenten Druck, schafft Verlierer, führt zu Verrohung und Verwilderung. Gleichzeitig wird der Staat in seiner Schutzfunktion geschwächt. Das unterhöhlt die öffentliche Sicherheit.

Der Staat, der für Sicherheit sorgen soll, ist auf der Strasse kaum mehr sichtbar präsent.

Ordnung anders gesagt: Wo sich alles rechnen muss, da geht auch die öffentliche Sicherheit verloren. Darum ist die Sicherheit mehr denn je ein Thema für eine rot-grüne Stadtregierung.

Wer darum heute dem Gemeinderat vorwirft, er habe aus ideologischen Gründen Mühe mit der Polizei, verkennt die Zeichen der Zeit. Die Polizei ist ein wichtiger Service public. Ich betone das und will Ihnen auch sagen, warum ich als Sozialdemokrat diese Haltung vertrete: Weil die Herren Vasella oder Ospel sich den privaten Sicherheitsmann und die Alarmanlage leisten können. Sie brauchen keine öffentliche Polizei, keine staatliche Sicherheit. Die Menschen mit tiefem oder mittlerem Einkommen, die Rentnerin, der Schüler oder die Hausfrau hingegen können keine privaten Bodyguards bezahlen und sind daher darauf angewiesen, dass der Staat die öffentliche Sicherheit organisiert – mit einer gut ausgebildeten und gut ausgestatteten Polizei. Was für den Sozialstaat oder die öffentliche Infrastruktur gilt, gilt

also auch für die Polizei: Sie dient der ganzen Bevölkerung.

Eine starke öffentliche Polizei, Service public und ein SP-Postulat

Genauso wie es die Polizei braucht, braucht es Repression. Auch das ist keine Forderung, auf die die Bürgerlichen ein Monopol haben. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, Gesetze zu machen und sie mit seinem Gewaltmonopol umzusetzen. Daran orientiert sich der Gemeinderat. Er wird zum Beispiel nicht tolerieren, dass gut organisierte kriminelle Banden das Leid von Menschen ausnützen und sie zum Betteln missbrauchen. Er wird verstärkt gegen jene vorgehen, die glauben, die Berner Strassen und Plätze seien Abfallkübel. Er wird auch künftig dafür sorgen, dass die Menschen auch spätnachts sicher auf unseren Strassen unterwegs sein können. Und er wird sich auch nicht der Diskussion über eine allfällige Ausdehnung des Bettelverbots verschliessen, sollte sich zeigen, dass die Erfahrungen damit positiv sind.

Bei alledem ist aber klar: Wir behalten Augenmass und lassen uns

# «Für faire Prämienverbilligung»: Bitte unterschreiben!

Seit gut drei Monaten sammeln wir Unterschriften für die Initiative «Für faire Prämienverbilligung». Von den verschickten Unterschriftenkarten sind bisher enttäuschend wenige zurückgekommen. Dieser Ausgabe von Links.LU liegt darum erneut eine Karte bei.

Bis im Sommer 2008 benötigen wir für unsere Initiative 4000 Unterschriften, mit der üblichen «Sicherheitsmarge» sogar etwa 4500. Davon sind wir nach drei Monaten weit entfernt. Auf dem Postweg sind nur etwa 250 Unterschriften bei uns eingetroffen.



An Standaktionen vor den Nationalratswahlen sind weitere 300 Unterschriften zusammengekommen. Zum Sammelerfolg fehlen uns somit noch beinahe 4000 Unterschriften!

Sammeln im Wahlkampf  
Vor den Wahlen in den Gemeinden vom nächsten Frühling werden viele Sektionen und die Kantonalpartei erneut auf der Strasse für die Initiative sammeln. So können wir uns mit einem sehr wichtigen sozialpolitischen Anliegen unseren Wählerinnen und

Wählern präsentieren. Wir sind zuversichtlich, so mindestens die Hälfte der nötigen Unterschriften zusammenzubringen.

Sammeln per Karte  
Für die andere Hälfte sind wir dringend auf unsere Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten angewiesen. Nur wenn sie mithelfen, erreichen wir unser Ziel. Wir erhoffen uns von allen Links-



AbonentInnen eine mehr oder weniger vollständig ausgefüllte Unterschriftenkarte. Unterschriften erhoffen wir zudem von Versänden an Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie an die Luzerner Grünen. Wenn auf diesem Weg insgesamt 1500 bis 2000 Unterschriften zusammenkommen, bringen wir die Initia-

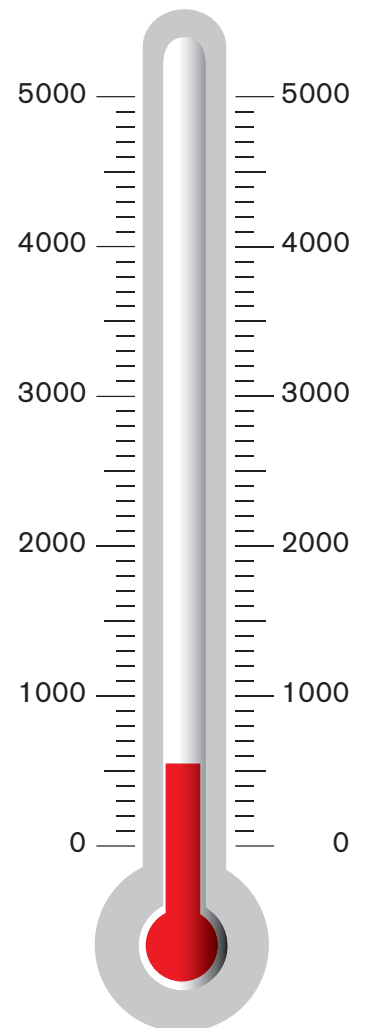
tive zustande. Sind es deutlich weniger, wird es knapp. Denn nach dem enormen Sammel-Effort der Kantonalpartei und vieler Sektionen für die Steuergerechtigkeits-Initiative der SP Schweiz dürfte es schwierig werden, bereits wieder eine ähnlich intensive Sammlung auf der Strasse durchzuführen. Darum bitte: Karte ausfüllen und rasch zurückschicken. Das Initiativkomitee, die Kantonalpartei und nicht zuletzt die Menschen, die auf Prämienverbilligung angewiesen sind, danken herzlich.

Informationen zur Initiative unter [www.sp-luzern.ch](http://www.sp-luzern.ch) (Standpunkte, Gesundheit)

Jörg Häfliger



## UNTERSCHRIFTENSTAND



< SEITE 11  
von unserem sozialen Gewissen und unseren sozialen Werten leiten. Wir leben in einer offenen, liberalen Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie die Menschen nach ihren Vorstellungen leben lässt. Darum moralisieren und kriminalisieren wir nicht. Wir lösen die Probleme mit Verantwortungsbewusstsein und gesundem Menschenverstand. Repression gehört zwar zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit, nicht aber billige Null-Toleranz-Ideologie nach US-amerikanischem Muster.

Konsequent sein und trotzdem sozial: Was wir darunter verstehen, beweisen wir täglich mit unserer Politik:

- In Sachen Gassenküche haben wir keine Herr-im-Haus-Politik betrieben, sondern an der Hodlerstrasse mit der sonntäglichen Essensausgabe eine Alternative geboten.
- Für die Alkoholkranken haben wir in unmittelbarer Bahnhofsnahe eine

pragmatische Lösung gefunden, die für alle stimmt und die niemand diskriminiert.

- Gegen den Alkoholverkauf an Jugendliche am Bahnhof haben wir gemeinsam mit den SBB und den Verkaufsläden eine Kampagne gestartet, die Einsicht vor Zwang setzt.
- Und die Probleme an den neuralgischen Punkten werden wir nicht einfach nur mit Polizeipräsenz lösen, sondern indem wir diese Orte umgestalten und sie attraktiver machen.

So machen wir das – und nicht mit Hardliner-Sprüchen, mit denen man sich zwar in den Medien profilieren kann, die aber nichts zur Lösung von Problemen beitragen.

Was es zudem braucht, ist etwas mehr Redlichkeit in der Debatte um Sicherheit und Sauberkeit. Zum Beispiel:

- Es geht nicht an, sich um die eigenen Drogenabhängigen zu foutieren, gleichzeitig aber über die Drogenpolitik der Stadt zu lästern.

■ Es ist doppelzünftig, jungen Menschen bis tief in die Nacht Alkohol zu verkaufen, sich dann aber über Exzesse und Gewaltbereitschaft zu beklagen.

■ Es ist fragwürdig, selbst Grossverursacher von Abfall und Littering zu sein, aber das neue, vom Volk gutgeheissene Abfallreglement zu bekämpfen.

■ Es ist kurios, wenn Bürgerliche der rot-grünen Regierung vorwerfen, sie habe die Polizei zu einer Deeskalations-Truppe degradiert, wenn doch ausgerechnet die Polizeidirektion seit eh und je unter bürgerlicher Führung steht.

■ Und es hinterlässt einen schalen Nachgeschmack, wenn jene, die ihr in Bern verdientes Geld lieber in einer Steueroase versteuern, gleichwohl stets Maximalforderungen an die Stadt stellen.

Zu dieser Redlichkeit gehört auch, sich einzugestehen, dass es neben Repression und Polizei auch noch etwas

anderes braucht für eine sichere und saubere Stadt: eine starke soziale Verantwortung, eine innere Solidarität der Gesellschaft. Wir wissen es alle: Eine Gesellschaft ist immer nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Darum müssen wir uns kümmern! Und darum braucht es auch Prävention, Kindertagesstätten, Sprachunterricht für Ausländerinnen und Ausländer, Berufschancen für alle und anständige Löhne, Familienförderung, eine zukunftstaugliche Stadtentwicklung. Denn nur wo sich die Menschen wohl und sicher fühlen, gibt es weniger Kriminalität, weniger Probleme, weniger Schmutz. Oder wie es Victor Hugo einst schrieb: «Für jedes Schulhaus, das wir eröffnen, können wir ein Gefängnis schliessen.» Das ist das Credo dieser Stadtregierung.

Alexander Tschäppat, Stadtpräsident von Bern (SP)

## SEKTIONEN: GROSSER STADTRAT

# Budgetdebatte 2007

*Der Stadtrat beantragte dem Grossen Stadtrat eine Steuersenkung von  $\frac{1}{10}$  von 1,85 auf 1,75 Einheiten. Der SP gelang es zwar in der Geschäftsprüfungskommission eine moderate Steuersenkung von  $\frac{1}{20}$  und eine Einlage in die Vorfinanzierung Mobilität im Umfang von fünf Mio. Franken jährlich durchzusetzen. Im Parlament hatte jedoch dieser Antrag keine Chance.*

Gaby Schmidt

Die bürgerlichen Parteien priesen die Vorteile einer massiven Steuersenkung und standen geschlossen hinter dem Stadtrat. Die Folgen dieses Entscheids sind: Markant anwachsender Schuldenberg auf 221 Mio. Franken; Verletzung des Reglements über den Finanzhaushalt und 20 Mio. Franken Fusionsbeitrag wurden fahrlässig versenkt.

In den nächsten fünf Jahren soll gemäss dem Fünfjahresziel in der Gesamtplanung 2008–2012 die Stabilität des städtischen Finanzhaushaltes nachhaltig gesichert und die finanzpolitische Flexibilität erhöht werden.

Markant anwachsender Schuldenberg

Mit der Senkung des städtischen Steuerfusses um  $\frac{1}{10}$  wird die Netto-

schuld der Stadt Luzern von jetzt 55 Millionen Franken im Jahre 2012 auf 221 Mio. Franken steigen. Zwar sind in diesem Betrag die Schulden von Littau, welche übernommen werden, eingerechnet. Dennoch hatte die Stadt Luzern nicht einmal beim Höchststand im Jahre 2001, als die Schulden auf die Rezession zurückzuführen waren, einen so hohen Schuldenberg. Anschaulich sind auch die Nettoschulden pro Kopf: Diese erhöhen sich im gleichen Zeitraum von zurzeit 947 auf 2947 Franken. Hinzukommt, dass in den Jahren 2008 bis 2011 Defizite in Millionenhöhe vorgesehen sind, obwohl aus der Steuerausgleichsreserve jährlich je 3,5 Mio. Franken entnommen werden sollen. Ausserdem wird auf die Vorfinanzierung Mobilität im Umfang von fünf Mio. Franken jährlich verzichtet. Dieser Fonds wurde geöffnet, damit die Finanzierung von Verkehrsbauvorhaben gesichert ist. So soll beispielsweise die Tieferlegung der Zentralbahn auf der Allmend über diesen Fonds finanziert werden.

Verletzung des Reglements über den Finanzhaushalt

Im städtischen Reglement über den Finanzhaushalt werden die Grundsätze für die städtische Finanzpolitik und verschiedene Kennzahlen verbindlich vorgeschrieben. So ist festgehalten, dass der Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt von fünf

Jahren 80 Prozent nicht unterschreiten darf. Der Stadtrat prognostiziert jedoch, dass der Selbstfinanzierungsgrad von heute 114 Prozent im nächsten Jahr auf 53 Prozent halbiert wird. Er steigt danach zwar wieder leicht an, wird aber bis im Jahr 2012 immer noch unter der Grenze von 80 Prozent bleiben. Ebenso gefährdet ist der gesetzlich vorgeschriebene ausgeglichene Rechnungsabschluss über fünf Jahre. Die Krux an der ganzen Sache ist, dass gesetzliche Bestimmungen zwar in der Planung unterschritten werden können. Treten die Prognosen des Stadtrates jedoch ein, müssen Massnahmen ergriffen werden, damit die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Die Folge davon werden erneute Sparpakete und damit verbunden ein Leistungsabbau sein, ausser die Mehrheit des städtischen Parlaments würde einer Steuererhöhung zustimmen, damit die Finanzen wieder im Lot wären.

Fusionsbeitrag fahrlässig versenkt

Die SP-Fraktion des Grossen Stadtrates hat mehrfach darauf hingewiesen, dass der massive Steuersenkungsentscheid des Stadtrates und des Grossen Stadtrates auch ein Zeichen gegen die neue Stadtregion ist. Zum einen vergrössern sich die Abstände zu den Steuerfüssen der meisten Agglomerationsgemeinden massiv. Zum anderen wird durch diese markante Steuersenkung die

kantonale Abstimmung über den Fusionsbeitrag von 20 Mio. Franken an die Gemeindevereinigung Littau-Luzern gefährdet. Wie sich nun im Nachhinein leider herausstellte, waren die Befürchtungen der SP-Fraktion zutreffend. Der Stadtrat wird sich also zusätzliche Überlegungen machen müssen, wie er zusammen mit der Gemeinde Littau die 20 Mio. Franken aufbringen will.

Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern werden im Februar an der Urne entscheiden müssen, ob die aufgezeigten Ergebnisse der massiven Steuersenkung den städtischen Finanzhaushalt nachhaltig sichern und die finanzpolitische Flexibilität der Stadt Luzern erhöhen. Die Meinung der SP-Fraktion ist jetzt schon klar: Wir können uns diese markante Steuersenkung nicht leisten, wenn wir weiterhin auf gesunde Finanzen, ein gutes Leistungsangebot und die neue Stadtregion Luzern setzen.

Gaby Schmidt, Grossstadträtin



## HarmoS-Konkordat – die Chance packen!

Der Luzerner Grosse Rat beschliesst den Beitritt zum HarmoS-Konkordat

Eine gesamtschweizerische Harmonisierung des Bildungswesens ist nicht nur sinnvoll und wünschbar, sie ist auch zeitlich längst überfällig. Einheitliche Lernziele, Lehrpläne sowie Lehrmittel innerhalb der Sprachregionen sind zu begrüssen, vor allem in

einer Zeit, wo von Arbeitnehmenden immer mehr Mobilität und Flexibilität verlangt wird. Die notwendigen Anpassungen an das HarmoS-Konkordat bewegen sich für den Kanton Luzern im zumutbaren Rahmen.

Der obligatorische Schuleintritt mit vier Jahren gab auch innerhalb der SP Anlass zu Diskussionen. Aus unserer Sicht aber überwiegen die positiven Aspekte. So kann die frühkindliche Lernkapazität durch ein grosses Spektrum an altersgerechten Lernangeboten optimal genutzt werden. Auch die frühe soziale Integration in heterogene Gruppen fördert nicht nur Migrantenkinder, sondern auch die zunehmende Zahl von Einzelkindern. Allerdings müssen wir sicher stellen, dass die Infrastruktur, die personellen Ressourcen, kurz, dass die Rahmenbedingungen für unsere kleinen Schulanfänger und

Schulanfängerinnen auch ihren Bedürfnissen entsprechen. Das ist nicht gratis zu haben und bedeutet folgerichtig auch Vorsicht bei kurzfristigen Sparmassnahmen in diesem höchst sensiblen Bildungsbereich.

Ein früherer Schuleintritt kann auch zu früherem Schulaustritt führen. Anpassungen an den entsprechenden Schnittstellen sind unumgänglich.

Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass die Thematik der familienergänzenden Kinderbetreuung Eingang ins HarmoS-Konkordat gefunden hat. Natürlich hätten wir uns diese Bestimmungen zur Gestaltung des

Schultags noch etwas verbindlicher gewünscht, aber nach langjährigem engagiertem Einsatz in dieser Thematik wissen wir, dass uns die Erfolgssumme von vielen kleinen Schritten unserem Ziel schliesslich auch näher bringt.

HarmoS wird im Kanton Luzern zu Anpassungen, Änderungen und Mehrkosten führen. Diesen Einsatz jedoch gilt es zu leisten, denn mit einer sinnvollen Investition in unser Bildungswesen können wir letztlich alle nur gewinnen.

Trix Dettling, Grossrätin und Mitglied der Bildungskommission

# Nachhaltige Politik gegen Jugendgewalt

*Die beunruhigende Häufung von Gewaltübergriffen von Jugendlichen bewegt die Menschen auch im Kanton Luzern. Der Fokus in der Debatte ist dabei stark auf Jugendliche mit einem Migrationshintergrund gerichtet. Festgestellt wird aber eine Zunahme der Jugendgewalt sowohl bei Schweizer Jugendlichen wie bei Migranten. Toleranz heisst nicht, Gewalt zu tolerieren.*

Giorgio Pardini

Eine unserer gesellschaftlichen Über-einkünfte ist der Schutz der Schwächeren. Gehen Rechtsradikale auf



Migranten los, müssen die Migranten geschützt und die Rechtsradikalen bestraft werden. Genau dasselbe gilt aber auch, wenn Migranten gewalttätig werden.

Die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit heisst unter anderem, Gewalt nicht zu dulden sowie rasch und konsequent durchzugreifen. Ein grosser Teil der Bevölkerung hat den Eindruck, dass auf Anzeigen erst reagiert werde, wenn es Schwerverletzte gibt. Ein konsequenteres Umsetzen des Rechtsstaates tut Not.

Nur berufliche Integration führt zur gesellschaftlichen Integration

Ein Teil der Jugendlichen ist schlecht in unsere Gesellschaft integriert oder vermag gesellschaftlichen Anforderungen nicht zu genügen. Jugendliche – Schweizer oder Ausländer – machen Probleme, wenn

sie keine Zukunftsperspektive und keine Arbeit haben. Die berufliche Integration führt auch zur gesellschaftlichen Integration – und umgekehrt. Keine Lehrstelle zu finden und somit keine Aussicht auf eine sinnvolle Beschäftigung zu haben, macht aggressiv.

Fehlende Perspektive = Absturz Misslingt eine Ausbildung oder der Einstieg ins Berufsleben, so bedeutet dies vielfach der Anfang einer Entwicklung, die über viele Stationen in die Sozialhilfe führt. Gemäss einer SKOS\*-Studie vom Januar 2007 gehört die Alterskategorie der 18- bis 25-Jährigen mit 3,9 Prozent zu jener mit der höchsten Sozialhilfequote (Gesamtbevölkerung: 3,0 Prozent). Dabei ist zu beachten, dass 65 Prozent dieser jungen Sozialhilfebezügler/innen keine Ausbildung haben. Die Gesellschaft sollte ein grosses Interesse haben, dieses strukturelle Armutsrisiko zu beseitigen und die Chancen Jugendlicher bei der Ausbildung und beim Berufseinstieg zu verbessern.

Zu prüfen: Ausbildungspflicht bis zum 18. Altersjahr

Die SKOS weist darauf hin, dass bei Jugendlichen, die seit dem Schulabschluss keine Lehre absolviert und kaum gearbeitet haben, zwei typische Reaktionen zu beobachten sind: Verlorenes Selbstvertrauen oder übersteigerte Geltungssucht. Die obligatorische Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr vermag heute nicht mehr zu genügen. Die Anregung der SKOS, die Einführung einer über die Schulpflicht hinausführenden Ausbildungspflicht bis zum 18. Alters-

jahr zu prüfen, sollte deshalb ernst genommen werden.

Entscheidend ist Kooperation und Koordination

Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Verantwortung nicht alleine beim Staat liegt. Doch dort, wo etwas unternommen werden kann, soll dies mit dem optimalen Einsatz der Ressourcen geschehen. Heute sind die Verantwortlichkeiten zur Umsetzung von Massnahmen innerhalb der Verwaltung verstreut: bei der Schule und der Schulsozialarbeit, der Berufsberatung und der Sozialhilfe, aber auch bei der Polizei und der Justiz. Eine integrale Sicht und ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen fehlen. Dies wird auch durch die SKOS-Studie vom Januar 2007 bestätigt.

Massnahmenplan gegen Jugendgewalt

Die SP-Fraktion fordert vom Kanton Luzern einen umfassenden Massnahmenplan gegen Jugendgewalt sowie dessen konsequente Umsetzung. Ein solcher Massnahmenplan könnte so aussehen:

### 1. Gewaltprävention

Dazu gehören insbesondere Einrichtungen im Vorschulalter, um die Kommunikations- und Sozialkompetenzen zu stärken, aber auch geeignete Massnahmen in der Schule. Im Übergang von der Schule zu Ausbildung und Erwerbsleben sind Coachings, Trainings und individuelle Beratung Erfolg versprechend.

### 2. Ausbildung & Arbeit

Der Kanton Luzern muss veranlassen, dass vermehrt Ausbildung und

Beschäftigung angeboten werden. Jugendliche, die auf dem Arbeitsmarkt keine Ausbildung finden, sollten in Lehrwerkstätten ausgebildet werden oder die Möglichkeit für eine «Zertifikatslehre» erhalten. Zudem müsste durch Beschäftigungsprogramme die Arbeitsmarktfähigkeit von Jugendlichen erhalten und verbessert werden.

### 3. Integration

Das Integrationsleitbild muss auch umgesetzt werden. Die meisten Migrantinnen und Migranten wollen sich integrieren, scheitern aber zum Teil am soziokulturellen Hintergrund. Beste Hilfe leisten könnten bereits integrierte Migrantinnen und Migranten. Dieses Potenzial gilt es vermehrt zu nutzen. Wichtig ist aber auch die Elternarbeit.

### 4. Repression

Gewalttätige im Kanton Luzern müssen konsequent bestraft werden. Deshalb muss unsere Polizei präsent sein und bei Übergriffen entschiedener eingreifen. Jugendliche, die sich nicht im Griff haben, müssen spüren, dass die Anwendung von Gewalt von unserer Gesellschaft nicht toleriert wird. Nach der Haftentlassung von Gewalttätigen muss der Kanton Luzern diese betreuen, damit sie wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden können.

\* SKOS = Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Giorgio Pardini, SP-Grossrat

## BITTE NOTIEREN!

### Nicht vergessen!

Auch im nächsten Jahr ... stossen wir wieder zusammen auf ein gutes und erfreuliches Jahr an am traditionellen

## Neujahrsapéro der SP

4. Januar im Sentitreff (ab 18 Uhr)

Die Geschäftsleitung

## GESUCHT

Auf den Frühling 2008

## Neues Mitglied für die Geschäftsprüfungskommission GPK der Partei; vorzugsweise aus einer Landsektion.

Interessieren dich die Abläufe der Partei? Verfügst du über Erfahrung in einer Sektion oder in einem Gremium der SP?

Dann melde dich im Sekretariat! Telefon 041 311 05 85

## IMPRESSUM

### Herausgeberin:

SP Kanton Luzern  
Theaterstrasse 7, 6003 Luzern  
Telefon 041 311 05 85  
Fax 041 311 05 86  
info@sp-luzern.ch  
www.sp-luzern.ch

### Redaktion:

Margrit Steinhauser,  
Jörg Häfliger, Osi Stalder,  
Anita Weingartner

### Redaktionsschluss Nr. 85:

14. Januar 2008